

Übergewichtsdebatte: Steuern sind keine Lösung

Berlin, 28. Oktober 2020 – Verbrauchssteuern auf einzelne Produkte sind kein sinnvolles Instrument zur gezielten und wirksamen Bekämpfung von Adipositas. Krankhaftes Übergewicht beruht zumeist auf komplexen und multikausalen Ursachen und bedarf entsprechend gesamthafter Lösungsansätze. Symbolpolitische Forderungen oder Maßnahmen dürften weder nachhaltig schlanker noch gesünder machen.

Aktuelle Forderungen nach der Besteuerung zuckerhaltiger Getränke – wie auf dem heutigen „Zuckerreduktionsgipfel“ unter dem Motto „Süß war gestern“ des AOK Bundesverbandes – müssen daher hinterfragt werden. Seit vielen Jahren bemühen sich die Akteure im Gesundheitswesen um eine wirksame Verhaltensprävention. Diese richtet sich konkret an diejenigen, bei denen individueller Handlungsbedarf besteht. Da gesundheitspolitische Akteure mit den Ergebnissen dieser Herangehensweise nicht zufrieden sind, soll nun die Verhältnisprävention aushelfen. Eine Forderung hierbei betrifft die Besteuerung von Produkten, die damit für Verbraucherinnen und Verbraucher teurer werden sollen. Dies betrifft in der Konsequenz alle – auch unabhängig von einer realen oder potenziellen Betroffenheit.

Übergewicht ist ein komplexes Phänomen, für dessen Bekämpfung es keine simple Zaubерlösung gibt. Die immer wieder geforderte Steuer auf lediglich einzelne Produkte wird in der Realität ebenso wenig zielführend mit Blick auf die Entwicklung des Gesundheitsstatus betroffener Bevölkerungsgruppen sein. Denn in anderen Ländern hat die Einführung solcher Steuern bislang nicht dazu geführt, einen korrespondierenden Rückgang von Adipositas zu bewirken. Zwar mag es Ausweichbewegungen im Ernährungsverhalten geben, das eigentliche Problem wird allerdings mit solchen (Steuer-)Instrumenten nicht adressiert.

Die Unternehmen orientieren sich im Übrigen seit jeher maßgeblich an Verbraucherwünschen. Auch in dieser Zielsetzung haben diese im breiten Angebot in den letzten Jahren bereits vielfältige kalorienfreie und -reduzierte Alternativen in der Kategorie Erfrischungsgetränke etabliert. Für eine damit einhergehende realisierbare Kalorienreduktion engagieren sich unsere Branche und maßgebliche Unternehmen bereits mit klaren Zielvorgaben im Rahmen der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie der Bundesregierung. Entscheidend sind hierbei umsetzbare Lösungen, die als solche auch angenommen werden. Denn die Frage geschmacklicher Präferenzen wird ohnehin von den Verbraucherinnen und Verbrauchern entschieden – und hoffentlich bleibt dies auch in Zukunft so.

Weitere Informationen zur wafg sind abrufbar über www.wafg.de.

Ansprechpartner:
Dr. Detlef Groß, Hauptgeschäftsführer
Martin Delius, Leiter Public Affairs

Informationen zur wafg

Die Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg) ist die Interessenvertretung der Erfrischungsgetränkeindustrie.

Mitglieder sind neben international aufgestellten Herstellern vor allem mittelständische und regionale Mineralwasserbrunnen, Hersteller von Fruchtsaftgetränken sowie Unternehmen der Vorstufen.

Der Verband blickt auf eine über 135-jährige Tradition, wobei er sich als Dienstleister und starker Partner für die Unternehmen der Branche engagiert.

Schwerpunkte sind die Themen Verbraucherpolitik, Lebensmittelrecht, Ernährung, Wirtschaft und Umwelt.

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Telefon +49 (0)30/259258-0
Telefax +49 (0)30/259258-20
mail@wafg.de
www.wafg.de